

Kantonale Rechtsmittel im Schulwesen

Übersicht und Rechtsmittelbelehrungen für Rektorinnen und Rektoren der gemeindlichen Schulen

Rechtsmittelbelehrungen für Entscheide der Rektorinnen und Rektoren der gemeindlichen Schulen

Verwaltungsbeschwerde an Gemeinderat

Gegen diesen Entscheid kann innert 20 Tagen nach der Mitteilung beim Gemeinderat [Adresse aufführen] Verwaltungsbeschwerde erhoben werden. Die Beschwerdeschrift muss einen Antrag und eine Begründung enthalten. Der angefochtene Entscheid ist beizufügen oder genau zu bezeichnen. Die Beweismittel sind zu bezeichnen und soweit möglich beizufügen.

Verwaltungsbeschwerde an die Direktion für Bildung und Kultur

Gegen diesen Entscheid kann innert 10 Tagen nach der Mitteilung bei der Direktion für Bildung und Kultur, Baarerstrasse 21, 6300 Zug, Verwaltungsbeschwerde erhoben werden. Die Beschwerdeschrift muss einen Antrag und eine Begründung enthalten. Der angefochtene Entscheid ist beizufügen oder genau zu bezeichnen. Die Beweismittel sind zu bezeichnen und soweit möglich beizufügen.

Abkürzungen

SchulG	Schulgesetz vom 27. September 1990 (BGS 412.11)
VRG	Gesetz über den Rechtsschutz in Verwaltungssachen (Verwaltungsrechtspflegegesetz) vom 1. April 1976 (BGS 162.1)

Regelfall
(§ 83 SchulG / §§ 40 und 61 VRG)

Rektorin / Rektor



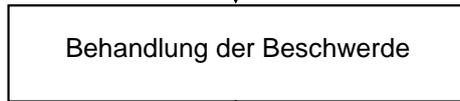
Ende nein



Einreichung innert 20 Tagen

ja

Gemeinderat



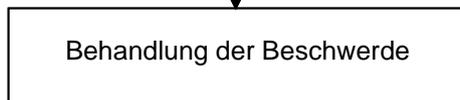
Ende nein



Einreichung innert 20 Tagen

ja

Regierungsrat



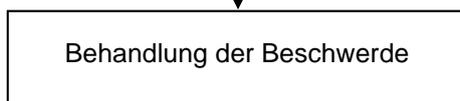
Ende nein



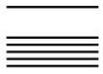
Einreichung innert 30 Tagen

ja

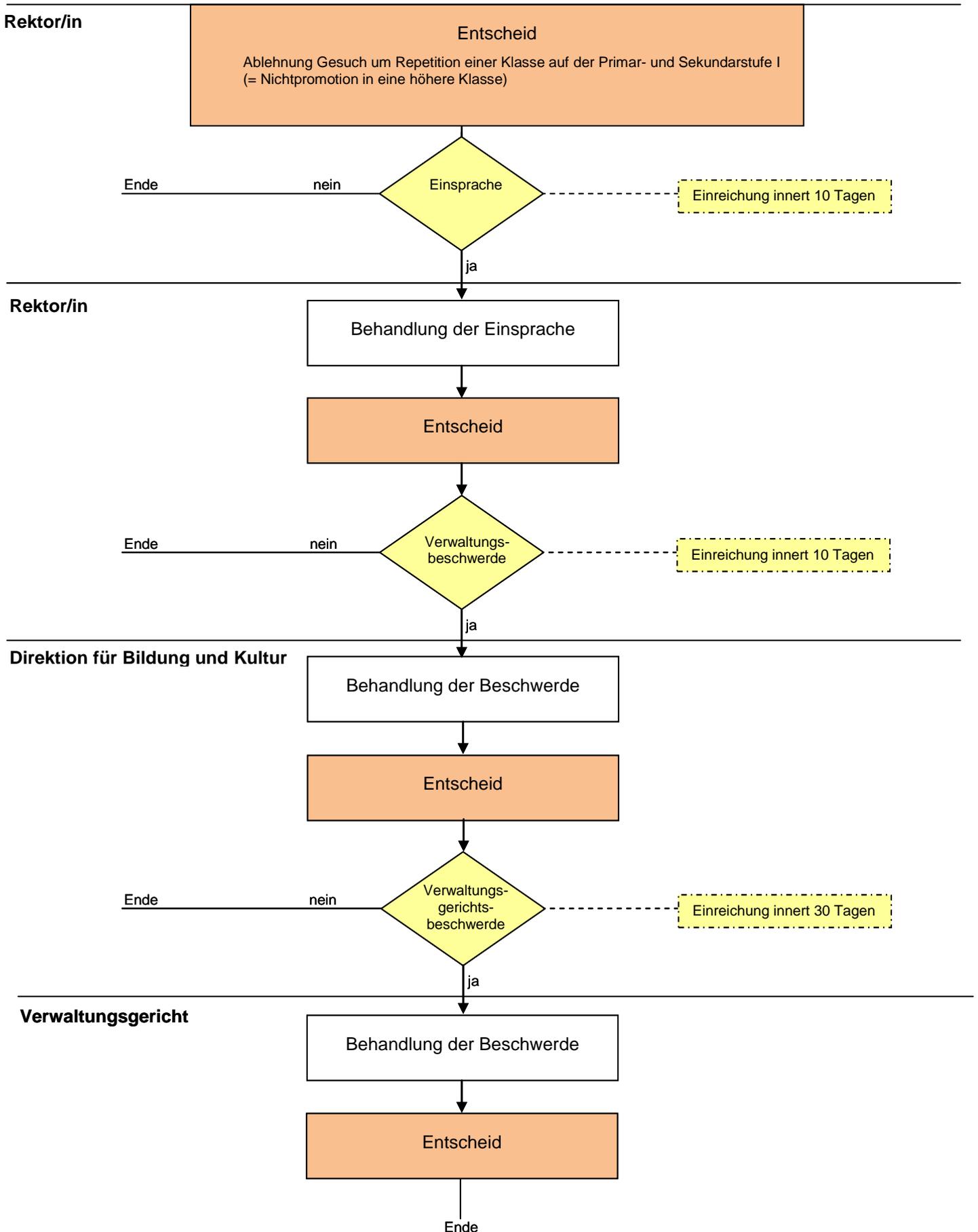
Verwaltungsgericht

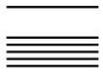


Ende

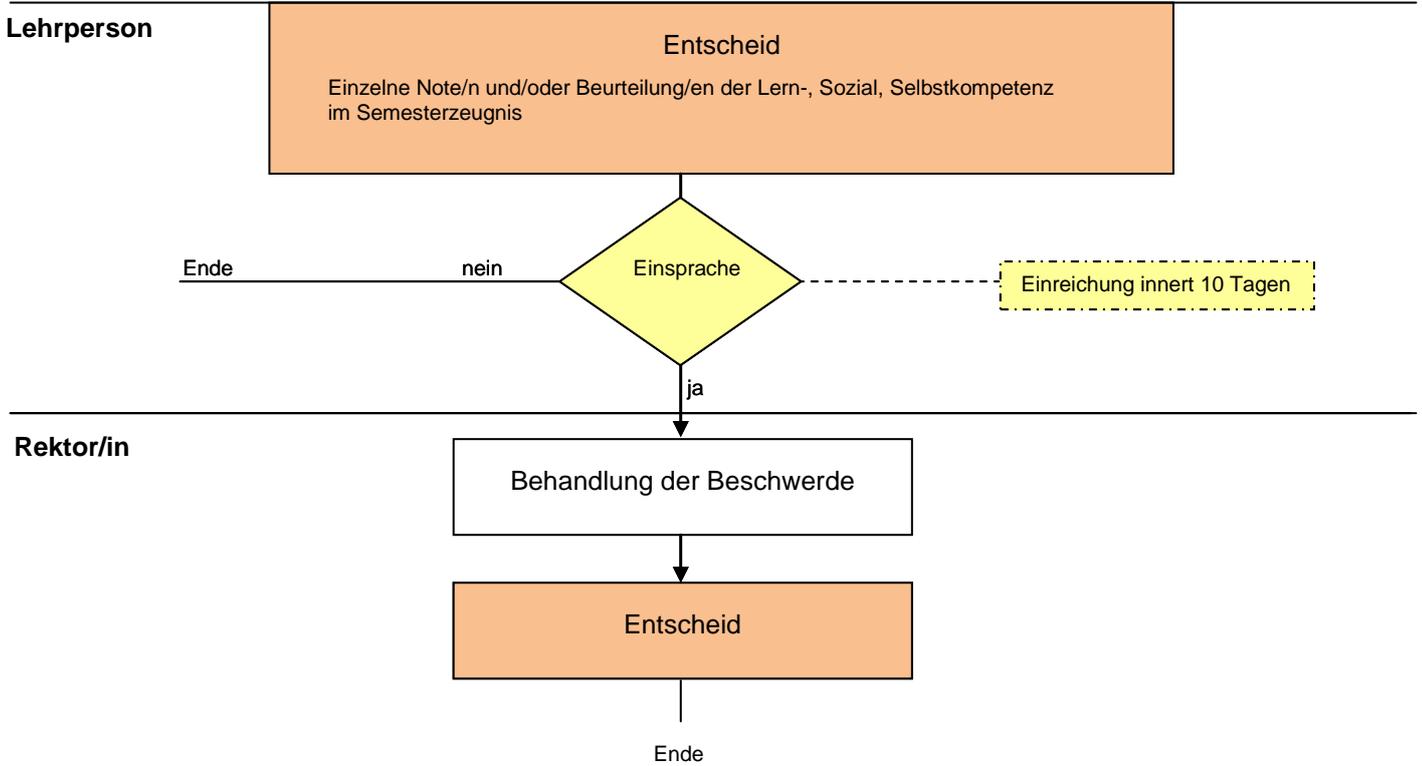


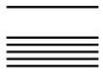
Ausnahme 1: Einspracheverfahren mit Einfluss auf Promotion
(§§ 84 Abs. 1 Bst. a, 85 Abs. 1, Bst. a Ziff. 8 und 86 SchulG)





Ausnahme 2: Einspracheverfahren ohne Einfluss auf Promotion
(§ 84 Abs. 1 Bst. a SchulG)





Ausnahme 3: Dringliche Entscheide (§§ 85 Abs. 1 Bst. a und 86 SchulG)

